

Altersvorsorge:

Zwei Millionen Rentnern droht Altersarmut

Die Altersarmut wird in Deutschland zu einem immer größeren Problem: Nach Einschätzung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes werden im Jahr 2022 bis zu zwei Millionen Rentner auf Sozialhilfeniveau leben.



Wer sein Leben lang nur kleine Beträge in die Rentenkasse eingezahlt hat, bekommt später von der gesetzlichen Rente wenig
Foto: © Gaetan Bally/AP

Zwei Millionen Rentner in Deutschland werden nach einem Bericht des ARD-Wirtschaftsmagazins "Plusminus" im Jahr 2022 von Altersarmut betroffen sein. Dann nämlich wird die Durchschnittsrente auf das Niveau der Grundsicherung gesunken sein, berichtet das Magazin anhand von Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in seiner Ausgabe am Dienstag. "Wir werden eine ganz erhebliche Altersarmut bekommen", sagte der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, Ulrich Schneider, in "Plusminus".

Demnach wären in 15 bis 20 Jahren bis zu 20 Prozent der Bevölkerung arm, wenn nicht massiv gegengesteuert werde. Denn laut Bericht wird nicht nur die Riester-Rente mit einer späteren Grundsicherung verrechnet, sondern auch

Lebensversicherungen, private Rentenpläne oder Betriebsrenten – eben die gesamten Einkünfte aus der privaten Altersvorsorge, wenn sie ausgezahlt werden.

Damit reiht sich der Bericht in Dutzende von anderen Medienaussagen, die nach dem Beitrag der ARD-Sendung "Monitor" vom vergangenen Donnerstag erschienen sind. Wer riestert, schenkt sein Geld dem Staat – so der Tenor der Diskussion um die zusätzliche Altersvorsorge. Stein des Anstoßes: die "Grundsicherung im Alter" von derzeit durchschnittlich 627 Euro. Wer sie beantragt, muss seine Riester-Ersparnisse darauf anrechnen. Riestern helfe deshalb in vielen Fällen nur dem Sozialamt Kosten zu sparen, lautete die Kritik. Dabei gilt für die Grundsicherung von Rentnern nur, was auch schon für Bezieher von Arbeitslosengeld II gilt: Diese Leistungen gibt es erst, wenn das eigene Vermögen vorher aufgezehrt wurde.

Doch damit sei der Anreiz, Vorsorge zu betreiben, gleich null, kritisiert Schneider. Schon bisher droht nach Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes einem Fünftel der Deutschen die Altersarmut. Wenn jetzt auch noch die private Altersvorsorge einbrechen würde, weil den Menschen der Anreiz fehle, würde die Zahl der Altersarmen noch größer – und die Belastung für die Sozialkassen auch.

Statt also die Riester-Rente aufs Korn zu nehmen, sollten besser die Gründe für zunehmende Altersarmut analysiert werden. Diese liegen sowohl in den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt als auch in den Verschlechterungen im Sozial- und Rentensystem der vergangenen Jahre: "Geringe oder über Jahre hinweg ganz ausbleibende Lohnsteigerungen, immer mehr Jobs mit Niedriglöhnen, Diskontinuität im Erwerbsverlauf, lange Auszeiten durch Kindererziehung, zunehmende Teilzeitarbeit, Minijobs, Scheinselbstständigkeit, Kleinselbstständigkeit mit geringem Einkommen, Langzeitarbeitslosigkeit und gekürzte Rentenbeiträge der Agentur für Arbeit bei Hartz-IV-Bezug – da kommt vieles zusammen", sagt Heide Härtel-Herrmann von Frauenfinanzdienst Köln, die seit 21 Jahren Frauen in Sachen Altersvorsorge berät. Auf einen erklecklichen Teil der Bevölkerung könnte also in kommenden Jahren folgende Beschreibung passen: weiblich, alt, altersarm.

Schon ein Arbeitnehmer, der in diesem Jahr in Rente geht, hat laut aktuellem Jahreshesgutachten des Sachverständigenrates nur dann eine Chance, dass seine Rente höher als die Grundsicherung ausfällt, wenn er bisher 25 Jahre in die staatliche Rentenkasse eingezahlt hat. "Bei einem Renteneintritt im Jahr 2030 sind dafür schon 30 Jahre nötig", bestätigt Karin Klopsch von der Deutschen Rentenversicherung Bund. Dabei setzt der Sachverständigenrat das Bruttoeinkommen des "Durchschnittsverdieners" bei 29.500 Euro im Jahr an.

Gerade diese Zahlen untermauern die Position der Rentenversicherung, dass sich – außer reichen Erben und Lottomillionären – niemand leisten kann, auf eine zusätzliche, private Altersvorsorge zu verzichten.